

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Adlik, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Mülten St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niederwülten, Ruchsnappel und Lirichheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

57. Jahrgang.

Nr. 220.

Besteilteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

Freitag, den 20. September

Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

1907.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtagen) nachmittags für den folgenden Tag. Derzeitiger Verkaufspreis 1 Mark 50 Pfennige, durch die Post bezogen 1 Mark 75 Pfennige. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwickauerstraße Nr. 5 b, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Ausleger entgegen. Jahrespreise werden die fünfzehnjährige Grundzelle mit 10, für auswärtige Jahrespreise mit 15 Pfennigen berechnet. Bestellgeld 30 Pf. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 30 Pf. Fernsprech-Anschluss Nr. 7. Inserat-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt

Stadtparkeasse Lichtenstein.

Einlegerguthaben 7400000 Mark, Reservefonds 465000 M.
Geschäftszeit 8—12 und 2—5 Uhr täglich.
Einlegerzinsfuß 3 1/2 %.

Einlagen in den ersten drei Tagen eines Kalendermonats werden

noch für den vollen Monat verzinst. Gewünschte Rückzahlungen erfolgen in der Regel ohne Kündigung und ohne Zinsverlust in beliebiger Höhe.

Volks-Bibliothek Lichtenstein

eröffnet Sonntags von 11—12 Uhr, Mittwochs von 12—1 Uhr.

Das Wichtigste.

* Die Kaiserin ist von Wilhelmshöhe in bestem Wohlbefinden nach Berlin zurückgekehrt.

* Nach der Meldung einer Berliner Korrespondenz ist der deutsche Kronprinz zum Major bestördert worden.

* In Jena tagt gegenwärtig der Gustav Adolf-Verein unter dem Vorsitz des Geh. Kirchenrats Superintendent D. Paul-Geppig.

* Die Bankfiliale in Montreux ist überfallen und ausgeraubt worden, vermutlich von Russen. Der Raubzettel wurde geblutet. Die Verbrecher wurden auf der Flucht festgenommen.

* Der japanische Dampfer Taku-Maru ist drei Meilen von Obingiang in Flammen aufgegangen. Hundert Personen sollen dem Tod dabei gefundnen haben.

Vom Nationalitätenkämpfe in Böhmen.

Das für letzten Sonntag geplant gewesene tschechische Solofest in Prag hat im letzten Augenblicke im Auftrage des Ministerpräsidenten Freiherrn von Beck von der Bezirkshauptmannschaft verboten, hingegen das verbotene deutsche Sängerefest gestattet worden, allerdings unter der Bedingung, daß sich die Festlichkeiten ausschließlich in geschlossenen Räumen abspielen. Die Stadt war in einem förmlichen Kriegszustande; alle in die Stadt einmündenden Straßen und Wege waren mit Gendarmen besetzt, die den Auftrag hatten, die tschechischen Solofest, soweit sie in Vereinstadt erschienen, auf keinen Fall in die Stadt hineinzu lassen; diejenigen, die sich bereits in der Nacht eingeschlichen hatten, wurden aus der Stadt gewiesen. Fünf Beamte der L. L. Statthalterei in Prag gingen mit aller Strenge gegen jeden Demonstrationenversuch vor. In allen Straßen sah man Gendarmen-Patrouillen, die keinerlei Zusammenrottungen duldeten; es waren etwa 200 auswärtige Gendarmen hier. Das Militär war während des ganzen Tages in Bereitschaft. Daß die Regierung durch ihre Maßnahmen endlich einmal das Recht der Deutschen anerkannt und ihnen Schutz gewährt hat gegen die tschechischen Herausforderungen und Brutalitäten, hat im tschechischen Lager tiefste Erbitterung erzeugt, die sich in den ärgsten Drohungen Luft macht. In der Stadt ist es, dank der umfassenden Vorkehrungen der Behörden, zu ernstlichen Zusammenstößen nicht gekommen. Aber in der ganzen Gegend um Prag hat die Situation eine geradezu unerschütterliche.

Das von gewissenlosen Hebern aufgeschaltete tschechische Volk kennt in seinem Deutschenhaffe keine Grenzen mehr; so hat sich in den tschechischen Gemeinden Wosjet und Kratuzin die ausgewiegeltete Menge zu Tzessen hinreichend lassen, die lebhaft an die Überfälle der Irredentisten in Belgien auf deutsche Touristen erinnern. Eine deutsche Gesellschaft aus Elbat, welche in einem Leiterwagen nach Prag fahren wollte, wurde in dem genannten tschechischen Dörfern von den Reuhäufeln überfallen. Die hiesigen den Pferden in die Jügel, hielten den Wagen an, bewarfen die Deutschen mit faustgroßen Steinen und hieben mit Knütteln auf sie ein; auch mit Messern wurde gestochen. Dabei wurden viele Deutsche verletzt. Einige der Ältesten wurden erlannt. Die deutsche Bevölkerung ganz Südböhmens befindet sich in größter Aufregung. Der Bezirkshauptmann in Prag hat Dr. Siebl wurde telegraphisch zum Statthalter nach Prag

berufen. Die deutschen Abgeordneten beabsichtigen eine gemeinsame Interpellation in der Angelegenheit im böhmischen Landtage einzubringen.

Bei den ungarischen Manövern scheint der Nationalitätenkämp zwischen Serben und Magyaren sich in einer verbrüderlichen militärischen Disziplinlosigkeit entladen zu haben. Aus Karlowitz wird gemeldet, es seien bei den Schlusmandövern des XIII. Korps mehrere scharfe Schüsse abgegeben worden. Ein Zugführer und ein Gefreiter des Infanterie-Regiments 96 sind gefallen. Der Uebungsleiter ließ sofort abblasen, worauf festgestellt wurde, daß scharfe Schüsse vom dritten Bataillon der Hefeger Honveds abgegeben waren. Mehrere Augen waren überdies an den Köpfen der Offiziere vorübergeflogen. Den Offizieren des Bataillons, das hauptsächlich aus Serben besteht, wurde aufgetragen, sofort eine Untersuchung einzuleiten. Da diese ergebnislos verlief, wurde das Honvedbataillon von anderen Truppenkörpern eingeschlossen und die Mannschaft desselben von Offizieren des 96. Infanterie-Regiments durchsucht. Man fand bei vier Soldaten zusammen vierzehn scharfe Patronen. Diese vier Soldaten wurden abgeführt. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet.

Deutsches Reich.

Dresden. (Die sächsische Wahlrechtsvorlage.) Den Leipziger neuesten Nachrichten war aus Dresden die Meldung zugegangen, daß die Regierungsvorlage zur Abänderung des Wahlgesetzes für die sächsische Zweite Kammer dem Landtage nicht sofort bei seinem Zusammentritte im Oktober zugehen sollte, die Regierung vielmehr wünsche, erst den Etat und dann das Wahlgesetz vorzulegen zu sehen, bevor sie den Wahlrechtsentwurf vorzulegen gedenke. Die Meldung entbehrt, wie uns von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, jeder Begründung.

Berlin. (Rein Wechsel in unserer Vertretung in Washington.) Das Chemn. Tgl. schreibt: Die am Montag morgen vom Reichstag in auffälliger Form an der Spitze des Blattes gebrachte Meldung, der Botschafter Freiherr Sped von Sternburg werde nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren und von dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Herr von Tschirchly und Bögen dorff ersetzt werden, trifft nicht zu, und ebenso ist natürlich auch die im Anschluß an obige Meldung gebrachte Nachricht unzutreffend, daß Herr von Sternburg einen wichtigen Posten im Auswärtigen Amt übernehmen werde. Wie wir von maßgebender Seite hören, ist in dem Besinden des Botschafters Sped von Sternburg erfreulicherweise eine erhebliche Besserung eingetreten. Herr von Sternburg hat den Wunsch, sobald es seine Gesundheit zuläßt, auf den ihm lieb gewordenen Posten nach Washington zurückzukehren, und innerhalb der Zeitung unserer Auswärtigen Angelegenheiten denkt niemand daran, ihn, der sich auf seinem jetzigen Posten und um die Ausgestaltung der guten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Regierung der Vereinigten Staaten ganz hervorragend Dienste erworben hat, durch eine andere Persönlichkeit ersetzen zu wollen. Wie uns ferner von einer Seite, die es wissen muß, berichtet wird, ist anzunehmen, daß, wenn einmal Herr von Sternburg seinen Posten in den Vereinigten Staaten verlassen sollte, er dann auch zugleich aus dem Staatsdienste ganz auscheiden würde.

(Eine deutsche Einflußsphäre in Marokko?) Die ruhige Zuständigkeit Deutschlands gegenüber dem französischen Vorgehen in

Marokko scheint manchen Seiten schlecht zu gefallen. Angeblich auf dem Umweg über Madrid will man in London plötzlich von geheimnisvoll betriebenen Sonderverhandlungen zwischen Paris und Berlin Kenntnis erhalten haben, gegen die rechtzeitig Alarm zu schlagen das Interesse der nicht eingeweihten Länder gebiete. Der Madrider Korrespondent des Daily Telegraph behauptet nämlich, von einem ausländischen Diplomaten erfahren zu haben, daß Deutschland und Frankreich seit den letzten drei Tagen Vorbereitungen eröffnet hätten, um eine Formel zur Lösung des marokkanischen Problems zu finden. Die Grundlage dieser Lösung solle die Anerkennung einer deutschen Einflußsphäre in Marokko bilden. Die Einzelheiten der Verhandlungen seien noch nicht bekannt. Frankreich dürfte vielleicht mit Englands Zustimmung Deutschland eine Interessensphäre an der atlantischen Küste Marokkos zubilligen, als Gegenleistung für Unterstützung an der algerischen Grenze südlich von Ujda, um die Straße nach der Sahara zu sichern. England wünsche nur, daß der Status quo im Norden von Marokko von Kap Sportel bis Cento garantiert werde. Die Genauigkeit dieser Einzelheiten stehe nicht fest, doch sei es sicher, daß Verhandlungen in dieser oder ähnlicher Richtung stattfinden. Der diplomatische Gewährsmann des Blattes glaube nicht, daß die Verhandlungen Erfolg haben würden, da sie zur Internationalisierung Marokkos führen müßten. Daily Telegraph bemerkt hierzu, bis zur Befestigung dieses außerordentlichen Vorschlags, der, wenn er existierte, offenbar von Berlin ausgegangen sei, genüge es, darauf hinzuweisen, daß er die Aggravation gänzlich nicht machen und der erste Schritt zur Internationalisierung Marokkos sein würde. Magador oder ein anderer Hafen würde dann der „deutsche Platz an der Sonne“ in Marokko werden, wie Kiautschou in China. Die sich an einen solchen Vergleich knüpfende Aussicht sei eine keineswegs günstige. — Die Glaubwürdigkeit dieser Enthüllung wird schon durch die abenteuerliche Voraussetzung, daß deutsche Truppen von der algerischen Grenze aus mit französischen zusammen nach Marokko vorbringen sollen, zur Genüge charakterisiert. Auch in Paris mißt man ihre keine ernsthafte Bedeutung bei.

(Invaliden- und Altersversicherung.) Nach dem Jahresabschluss der Reichshauptkasse läßt sich auch der Zuschuß berechnen, den das Reich im Jahre 1906 für die Invaliden- und Altersversicherung geleistet hat. In den Etat eingestellt waren 50,6 Millionen Mark, davon wurden rund 1,9 Millionen Mark erspart. Demgemäß hat der Zuschuß tatsächlich 48,7 Millionen Mark ausgemacht. Für 1905 war er in gleicher Weise auf 47,4, für 1904 auf 45,8 Millionen Mark zu berechnen. Man ersieht aus diesen Zahlen, daß die Steigerung in letzter Zeit mäßig war. Galt die Möglichkeit in der tatsächlichen Steigerung des Reichszuschusses im laufenden Jahre an, so wird der Etatsansatz von 49,8 Millionen Mark genügen. In dieser Beziehung ist für die Reichsfinanzen eine erfreuliche Besserung festzustellen.

(Die 59. Hauptversammlung des Gustav Adolf-Vereins) wurde am Dienstag nach der geschäftlichen Sitzung der Abgeordneten der Hauptvereine und nach einleitenden Gottesdiensten in der Stadt- und Garnisonkirche im großen Saale des Volkshauses in Jena mit einer von Tausenden von Zuhörern besuchten Begrüßungsversammlung